



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



November 2015

Schollbach: „Wir haben keine Revolution veranstaltet“

Auf ihrer Herbstklausur in Frauenstein (Erzgebirge) wählte die Fraktion DIE LINKE einen neuen Fraktionsvorstand und zog Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit mit Grünen, SPD und Piraten. Weiterhin verständigte sie sich auf Ziele für die weitere Arbeit im Stadtrat und befasste sich mit der Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen. André Schollbach wurde mit 93,75 Prozent erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Max Kretzschmar sprach mit dem 37-jährigen Juristen über die Ergebnisse der Klausur.

Seit reichlich einem Jahr kooperiert DIE LINKE im Dresdner Stadtrat mit Grünen, SPD und Piraten. Welche Bilanz lässt sich aus linker Sicht ziehen?

Wir haben keine Revolution veranstaltet, aber uns ist es gemeinsam gelungen, wichtige Vorhaben auf den Weg zu bringen. Das Sozialticket für Bus und Bahn wurde eingeführt – dafür haben wir jahrelang gegen den Widerstand der CDU gekämpft. Weiterhin wurde eine Mietpreisbremse in Kraft gesetzt und die Grundsatzentscheidung zur Gründung der städtischen Wohnungsgesellschaft ist getroffen. Wir haben es hinbekommen, den städtischen Haushalt sozialer zu gestalten, ohne Schulden zu machen oder die Steuern für die Dresdner Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Wir sind auf einem guten Weg und haben bereits manches geschafft. Aber wir müssen weiter hart arbeiten und noch besser werden, um alle unsere Ziele zu erreichen.

Welchen Schwierigkeiten hatte die Kooperation bislang zu bewältigen?

Bis vor kurzem stand eine CDU-dominierte Beigeordnetenriege an der Spitze der Stadt. Zudem steht die Landesdirektion unter Kontrolle der CDU und es gibt eine Menge schwarzen Filz. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass uns nicht der rote Teppich ausgerollt, sondern vielmehr so manche Hürde errichtet wurde. Die Stadtratsarbeit erfolgt im Ehrenamt. Will man unter diesen Bedingungen Veränderungen erreichen, stellt dies eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Seit kurzem stellt DIE LINKE mit Kristin Kaufmann und Annkatrin Klepsch zwei Beigeordnete. Wie geht die Fraktion mit dieser neuen Situation um?

Endlich gehört die CDU-dominierte reine Männerriege an der Rathauspitze der Vergangenheit an. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die Verwaltungsspitze deutlich weiblicher geworden ist.



Rechtsanwalt André Schollbach (37) wurde mit 93,75 Prozent erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt (15 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme und eine Enthaltung). Er steht seit 2007 an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleibt die Dozentin Dr. Margot Gaitzsch (61). Sie wurde mit 87,5 Prozent gewählt (14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, keine Enthaltung). Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes wurden Stadträtin Anja Apel (55, Lehrerin), Stadträtin Kerstin Wagner (36, Soziologin) und Stadtrat Tilo Kießling (45, Geschäftsführer) gewählt.

Fotos: DIE LINKE

Bisher wurde die Umsetzung unliebsamer Entscheidungen des Stadtrates schon mal auf die lange Bank geschoben. Dagegen haben wir mit den neuen Beigeordneten jetzt Partner, die gemeinsam mit uns an einem Strang ziehen.

Wie ist der Stand der Verhandlungen zur Fortsetzung der Kooperation zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten?

Wir haben mehrere Verhandlungsgruppen gebildet, die derzeit gemeinsame Ziele für die kommenden Jahre entwickeln. Die Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Stadtverbände kommen

regelmäßig zusammen und verständigen sich dazu. Die Verhandlungen sollen bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Was sind wesentliche Vorhaben der LINKEN?

Uns sind insbesondere der Beginn des kommunalen Wohnungsbaus im kommenden Jahr, die dauerhafte finanzielle Absicherung des Sozialtickets, eine zügige Entscheidung zur Sanierung der Königsbrücker Straße, die Verbesserung des Radwegenetzes sowie die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit wichtig.

Dresden sucht händeringend bezahlbaren Wohnraum. Nun soll es eine neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft geben. Ein Projekt mit landesweitem Vorbildcharakter?

Vor allem in den Großstädten haben die Menschen mit deutlich steigenden Mieten zu kämpfen. Bereits jetzt stellen sich einige die Frage, ob sie sich ihre Wohnung in einigen Jahren noch leisten können. Das ist ein großes Problem. Deshalb muss etwas für bezahlbares Wohnen getan werden. Dresden und Leipzig dürfen kein Eldorado für Immobilienhaie und Spekulanten werden. Eine wichtige Maßnahme zur Dämpfung der Mietentwicklung ist der kommunale Wohnungsbau. Die jahrelange einseitige Wohnungsabrisspolitik der CDU-geführten Landesregierung war hingegen völlig verfehlt. Dieses Förderprogramm hat Millionen verschlungen und steigende Mietpreise begünstigt.

Im Landtag regiert eine schwarz-rote Mehrheit und DIE LINKE ist in der Opposition. Im Stadtrat dagegen gibt es ein rot-rot-grün-oranges Bündnis. Ein Widerspruch oder eine Perspektive auch für das Land?

Die fortschrittliche Mehrheit im Stadtrat der Landeshauptstadt ist auch ein Signal für das Land. Eine Änderung der politischen Verhältnisse in Sachsen tut dringend not. Die CDU ist inzwischen satt geworden. Diese Selbstgefälligkeit, die ewige Hegemonie und der damit verbundene konservative Mief sind unerträglich. Seit Jahren mangelt es in Sachsen an Pluralismus und gesellschaftlichem Diskurs, die politische Kultur jammert den Hund samt Hütte. Zu offiziellen Anlässen sieht die Rednerliste stets gleich aus: CDU, CDU, CDU. Die klopfen sich dann immer gegenseitig auf die Schulter und erzählen, was für tolle Hirsche sie sind. Dieser Umgang mit der Macht trägt nicht unwesentlich dazu bei, dass es in Sachsen leider eine Menge Menschen gibt, die mit demokratischen Spielregeln nicht mehr viel anfangen können.

Straßenkunst ist das Salz in der Suppe in einer Groß- und Kulturstadt

von Jacqueline Muth

Straßenmusiker_innen findet man in Dresden zumeist in der historischen Innenstadt. Auf dem Neumarkt und am Fürstenzug, auf dem Altmarkt und in der Prager Straße oder auf der Brühlischen Terasse flanieren sie die Touristenströme. Wenn ein paar Euro in der Hutkassette oder im Gitarrenkasten landen, so sind das die Einnahmen eines Künstlers, der mit seinem Gewerbe dorthin geht wo das Publikum ist. Manchmal reichen die Spenden einen Tages für eine dünne Suppe zum Mittag, manchmal für die Zugfahrkarte in die nächste Stadt oder für eine kleine Reparatur am Instrument.

Was häufig für Außenstehende nicht sichtbar ist, das ist der harte Kampf der Straßenkünstler untereinander. Der richtige Ort für die Darbietung entscheidet über die Spendefreudigkeit der Passanten, ebenso wie über die Qualität der Darbietung. Da heißt es: Früh aufstehen und sich auch mal durchsetzen können. Geduld muss man mitbringen und dabei immer schön freundlich bleiben. Denn ein grießgrämiges Gesicht verschreckt bekanntlich die Kundschaft.

Nun kann man über Geschmack streiten. Nicht jeden freut die Klangkulisse und nicht jede Darbietung ist schön. Besonders von ansässigen Gewerbetreibenden hagelte es zunehmend Beschwerden. Sie befürchten, der unerwünschte Klang verschleuche wiederum deren Kundschaft, die z.B. in den Cafés am Neumarkt rasten, um sich von den Mühen von Sightseeing und Einkaufsbummel zu erholen.

Hier gilt es, zwischen den unterschiedlichen Standpunkten zu vermitteln.



Grundsätzlich gehört der öffentliche Raum allen. Wer ihn über den sog. „Gemeingebrauch“ hinaus nutzen möchte, braucht eine Genehmigung nach der „Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung)“. Dieser Satzung unterliegt auch die Ausübung von Straßenkunst und Straßenmusik.

Obwohl hier klar geregelt ist, wie die unterschiedlichen Nutzungen und Ruhebedürfnisse miteinander zu vereinbaren sind, scheint das einigen nicht weit genug zu gehen.

Zunehmend wird eine stärkere Regulierung und Beauftragung der Straßenkunst gefordert. Weniger Standorte, mehr Formulare, mehr Kontrollen, weniger „Lärm“ - dies nicht nur in Dresden, sondern auch in Prag, Paris und weiteren Städten.

Ein Runder Tisch im Kulturrat Anfang 2015, an dem Betroffene beider Seiten,

Verwaltungsmitarbeiter_innen sowie Stadträt_innen verschiedener Fraktionen teilnahmen, hat effektiv den Konflikt nicht beilegen können. Zwar konnten mit einer geringfügigen Änderung in der Sondernutzungssatzung die Auflagen für das Musizieren in den Straßen konkreter gefasst werden, gleichzeitig wurde die Umsetzbarkeit für die Akteure verbessert, die Bürokratie abgebaut. Eine wesentlich rigidere Verordnung (gültig Mitte 2014 bis Mitte 2015) der Verwaltung konnte damit abgelöst werden.

Dennoch muss nun – am Saisonende für 2015 – festgestellt werden, dass es laut Tiefbauamt weiterhin Beschwerden in Größenordnungen hagelt. Vereinzelt kam es sogar zu handgreiflichen Übergriffen auf Musizierende durch genervte Gewerbetreibende.

Hier muss eine Lösung gefunden werden, die Entspannung in die Konflikte bringt und gleichzeitig die Ansprüche an die Nutzung des öffentlichen Raums gleichberechtigt berücksichtigt.

Was in meinen Augen der völlig falsche Weg wäre, ist ein fast flächendeckendes Verbot von Straßenkunst in der Innenstadt Dresdens. Das steht einer Stadt nicht an, die sich immerhin um den Titel „Kulturhauptstadt 2025“ bewerben möchte.

Musik ist wie das Salz in der Suppe: wenn sie fehlt, wird das Leben fad. Wem die Suppe versalzen erscheint, der mag sich beim Koch beschweren. Besser wäre allerdings: sich an der Zubereitung der Suppe zu beteiligen, anstatt hinein zu spucken.

Wer sich am Gespräch zur Straßenkunst in Dresden beteiligen möchte oder sachdienliche Hinweise hat, der oder die wende sich bitte an die Stadträte Norbert Engemaier (norbert.engemaier@piraten-dresden.de) oder Jacqueline Muth (muth@dielinke-dresden.de).

Eine Petition im Ortsbeirat Plauen

“Es tropft, es rostet, es schimmelt, es stinkt ...”

von Waldemar Peine

“Es tropft, es rostet, es schimmelt, es stinkt ...” so sieht und riecht die Schülerschaft der BSZ für Dienstleistung und Gestaltung den Sanitärbereich ihrer Sporthalle und reichte eine Petition ein, die dem Petitionsausschuss des Stadtrates zugeht. So schlimm ist es nicht, schätzt das Schulverwaltungsamt ein, spricht zwar von einem Sanierungsstau, hält aber die Funktionsfähigkeit für gegeben und Reparaturen bei auftretenden Ausfällen für ausreichend. Dies und noch mehr ist in einer Vorlage zu lesen, die nach dem Tippeltappel der vorgegebenen Beratungsfolge im Stadtrat zur Entscheidung landen wird. Die angestrebte grundsätzliche Erneuerung wird ohne Bedenken abgelehnt, “mangels planerischer Vorbereitung, einer aussagekräftigen Kostenkalkulation und mangels finanzieller Mittel im Budget des Schulverwaltungsamtes in den Jahren 2015/2016”. Am 15. September 2015 beriet der Ausschuss für Bildung und winkt die Vorlage einstimmig durch. An der “Beratungsfolge”, die den Ortsbeirat als nächstes Gremium festlegt, hielt sich der Ausschuss für Bildung allerdings da-



mit nicht. Die Kolleginnen und Kollegen verzichteten auf unser Votum, verzichteten damit auch auf das mögliche Maß an Bürgernähe, welche in den öffentlichen Sitzungen des Ortsbeirates gegeben ist und um voraus zu greifen auch in der Sitzung am 06. Oktober durch Anwesenheit und Redebeitrag wahrgenommen wird. Obwohl fast schon abgeschlagen im Rennen machte es sich der Ortsbeirat nicht so einfach. Auf Initiative eines Ortsbeirates trifft man sich vor der

Sitzung in der Sporthalle. Uns ging es bei der Beurteilung des Zustandes von Toiletten, Duschen und Waschbecken und im Gespräch mit der Sportlehrerin um das Anliegen der Schülerinnen und Schüler, die sich vertrauensvoll mit einer Petition an den Stadtrat wenden. Gegen Schulverwaltungsamt und voreilig gefasster Stellungnahme des Bildungsausschusses kann ein Ortsbeirat nicht ankommen. Unseren Möglichkeiten entsprechend es, nur den Beschlussvorschlag

mit der Empfehlung zu ergänzen, eine Aufnahme der grundsätzlichen Erneuerung der Sanitäreinrichtungen der genannten Sporthalle bevorzugt in die Planung des Jahres 2017 zu prüfen. Dies geschah bei einer Gegenstimme. Einstimmig verabschiedeten wir ein Schreiben an den Oberbürgermeister, in welchem wir unseren Unwillen über die Nichteinhaltung der Beratungsfolge mitteilten. Finanzielle und organisatorische Zwänge kann man nicht wegreden. Aber verständnisvoll auf das Anliegen junger Menschen zu reagieren, dazu sollten wir schon in der Lage sein. Vertrauen in die parlamentarische Demokratie gewinnt die Jugend in solcher Art Alltagsgeschehen oder sie gewinnt es nicht.

Sanierungsstau ist wohl ein technischer Zustand. Den Stau, den Schülerinnen und Schüler vor Toiletten nach dem Sportunterricht durchstehen müssen, wäre den Herren des Schulverwaltungsamtes auch einmal zu gönnen.

Waldemar Peine ist Ortsbeirat in Dresden-Plauen

Wie Integration gelingt

von Cornelia Eichner

Eine gewisse Ratlosigkeit ist derzeit bei vielen Menschen im Gesicht zu lesen, wenn man ihnen in Dresden begegnet. Furcht und Ablehnung sind manchmal darunter gemischt, je nach Veranlagung. Jemand fragte kürzlich: "Wie soll denn die Integration der Geflüchteten gelingen, wenn viele hier Geborene nicht einmal wirklich integriert sind?"

Es gibt sie, die aus der Erfahrung gezeugten und zum Teil wissenschaftlich bestätigten Modelle zur Integration fremder Menschen, auch vieler fremder Menschen. Aber viel ist natürlich relativ, es wurden in unserer Geschichte schon größere Flüchtlingszahlen erfolgreich bewältigt, wieviele Menschen die aktuelle Weltlage nun in unser Land spült, wissen wir nicht. Grundlegend ist aber immer: Diese Menschen sind nicht wirklich freiwillig hier, viel lieber wären sie in ihrer Heimat - und Hand auf's Herz - uns würde es nicht anders gehen. Aber wie kann Integration ganz praktisch gehen? Sicher ist an erster Stelle die Politik gefragt, die groben Lösungen müssen dort gefunden werden. Aber das reicht nicht, jeder und jede hier wird gebraucht, die Gemeinschaft ist gefragt.

Zoi Athanassiadou hat sich in ihrem Buch "Bedingungen gelungener Integration" mit den Faktoren befasst, die in der Vergangenheit eine positive Integration von Menschen in eine Gesellschaft unterstützten. Integration erfolgt demnach in vier Dimensionen: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Kulturation meint dabei die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen, sich in eine Gesellschaft einzugliedern - insbesondere gehören hier die Sprache und das Verstehen von Regeln



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

dazu, aber auch die Bereitschaft, in der neuen Heimat anzukommen. Es reicht jedoch nicht, wenn Migranten und Migrantinnen die Fähigkeit haben, sich zu integrieren - sondern sie müssen auch Möglichkeit haben, buchstäblich Platz haben in einer Gesellschaft - Wohnung, Arbeit, Begegnungsmöglichkeiten; bestehende Systeme Einheimischer müssen sich öffnen, um Kommunikation und Interaktion möglich zu machen. Identifikation schließlich wird möglich, wenn Menschen sich näher kommen, wenn Lebensweisen verstehbar und nachvollziehbar werden, Normen und Regeln auf das eigene Leben anwendbar.

Zoi Athanassiadou schreibt auch, wie das konkret geschehen kann. Sie benennt dafür sechs Bedingungen, die erfüllt werden sollten: Tragfähige Familienbindungen sind wichtig, aber auch außerfamiliale Interaktionsbeziehungen: Freund*innen, Kolleg*innen,

Nachbar*innen, Menschen, mit denen man gemeinsam Alltag und Freizeit gestalten kann. Dresdner und Dresdnerinnen bieten mit unermüdlichem Engagement Begegnungscafés, gemeinsame Koch-Events, interkulturelle Freizeitaktivitäten, Patenschaften an, um da beste Bedingungen zu schaffen, damit es gelingt - auch wenn sehr oft die Familien der Geflüchteten auseinandergebrochen sind. Natürlich geht nichts ohne das Erlernen der deutschen Sprache - auch hier zeigt sich, dass nicht nur die Geflüchteten selbst enorm aktiv sind, um selbstständig die fremde Sprache zu erlernen, sondern auch in ehrenamtlichen Initiativen wie z.B. an den ABC-Tables des Umweltzentrums Dresdner Bürger*innen enormes leisten, um ein Ankommen zu erleichtern. Schon aus dem Bereich der Resilienzforschung bekannt ist die Notwendigkeit der Entwicklung eigener Ziele, wenn Leben gelingen soll - wer Ziele hat, resigniert nicht so leicht, son-

dern erfährt das eigene Leben sinnhaft. Wie können wir Migrant*innen helfen, Ziele zu finden? Fragen wir sie - nach ihren Träumen, nach ihren Ressourcen. Alle Geflüchteten, die ich bisher sprach, wollen unserer Gesellschaft etwas zurück geben, wollen gebraucht werden (Wie) Nehmen wir dieses Geschenk an? Als eine weitere Bedingung für gelungene Integration hat sich Charakterstärke des/der jeweiligen Migrant*in herausgestellt. Zu sagen: Hat man oder hat man nicht - reicht nicht, jedoch ist es zugegebenermaßen schwieriger, darauf Einfluss zu nehmen. Was wir können: Den Menschen, die hier ankommen, etwas zutrauen, sie als das annehmen, was sie sind: Menschen mit eigener Vergangenheit, mit Hoffnungen, mit Ausbildungen, mit fluchtbedingten Kompetenzen usw. Als letzte Bedingung schließlich führt Athanassiadou den Wohlfühlfaktor an - seien wir ehrlich: Da, wo wir uns wohlfühlen, wollen wir uns integrieren - da wo wir uns nicht wohlfühlen, wollen wir das gewiss nicht. Was braucht es dazu? Nicht viel: Sicherheit, Menschen, denen man vertraut, Nähe, Anerkennung und erfüllte Grundbedürfnisse.

Sicher ist die Aufgabe nicht klein, die wir zu bewältigen haben. Sicher ist bisher Integration nicht immer gelungen. Aber wir sind lernfähig. Und es ist eben, wie es ist, also machen wir doch einfach das Beste draus - das Buch Athanassiadou kann eine gute Anregung dazu sein.

(Zoi Athanassiadou: *Bedingungen gelungener Integration*, Bochum/Freiburg 2014)

Rot-Grün-Rot: „Einmischen erwünscht!“

von Jacqueline Muth

Am 6. November fand eine Informationsveranstaltung zur geplanten Beteiligungssatzung in Dresden statt unter dem Titel „Einmischen erwünscht!“.

Die Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Piratenpartei machte sich die Stärkung der Bürgerbeteiligung zum Kooperationsziel. Seit dem entsprechenden Ratsbeschluss im September 2014 arbeitet eine interfraktionelle Gruppe an der Ausarbeitung einer Beteiligungssatzung als Grundlage für unterschiedliche Beteiligungsinstrumente, die es Einwohner_innen, Stadtverwaltung und Stadtrat ermöglichen sollen, enger und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Moderiert wurde der Abend von Christian Avenarius (SPD), Kerstin Harzenberg (Grüne) stellte den momentanen Arbeitsstand der Gruppe vor, Thomas Grundmann (Die Linke) formulierte das Teilziel der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen und Norbert Engemaier (Pirat, Fraktion Die Linke) informierte über Möglichkeiten von geplanten Online-Beteiligungsformaten.



v.l.n.r.: Kerstin Harzendorf, Joachim Hahn, Thomas Grundmann, Christian Avenarius und Norbert Engemaier
Foto: Max Kretzschmar

Abgerundet wurde das Podium durch den Gast-Referenten Joachim Hahn, Leiter des Stadtplanungsamtes Heidelberg.

Er stellte das Beteiligungskonzept vor, dass seit 2012 in Heidelberg praktiziert wird und seither bundesweit als erfolgreiches Beispiel zitiert wird.

Wesentlich ist hier die frühzeitige Beteiligung sowie Beteiligung in allen

Phasen der Planung, dies ermöglicht die ständige Korrektur der Ergebnisse. So durchlaufen Planungen - meist handelt es sich um Bauvorhaben - in mehreren Etappen die drei Instanzen Bürgerschaft-Rat-Verwaltung, die gemeinsam den sogenannten „Trialog“ bilden. Von der Idee bis zum fertigen Entwurf werfen sich diese in strukturierten Abläufen den Ball immer wieder zu. Am Schluss steht das Ergebnis. Die Erfahrung zeigt

hier, dass die Planungsprozesse ganz entgegen der Behauptungen nicht länger dauern. Dafür ist eine deutlich bessere Akzeptanz für Vorhaben der Stadt und des Rates innerhalb der Einwohnerschaft zu vermerken. Eine Koordinierungsstelle berät die Akteure bei der Umsetzung der Planungs-Trialoge und wertet die Ergebnisse der Umsetzung aus.

Derzeit wird darüber nachgedacht, auch für die Umsetzung privatwirtschaftlicher Bauprojekte die Bürgerbeteiligung anzuwenden. Die Kosten für das Verfahren trägt hier der Projektentwickler.

Hr.Hahn räumt ein, dass es eine Zeit und einiges Experimentieren mit unterschiedlichen Methoden benötigt, um nun ein funktionierendes Instrument zur erfolgreichen Kooperation in der Stadtgesellschaft zu verankern. Dafür benötigt jede Kommune ihre eigenen Versuche, denn nicht alles funktioniert überall gleich. Auch ist es eine Grundvoraussetzung, Planungsabläufe als offene Prozesse zu begreifen. So weiß niemand zu Beginn, wohin die Reise geht. Sicher ist jedoch: Lösungen werden gemeinsam gefunden, nicht gegeneinander.

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

In Dresden sind die Übernachtungen von Touristen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um ca. 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Johannes Lohmeyer, ehemaliger FDP-Chef von Dresden, gescheiterter Stadtratskandidat und derzeitiger Chef des Tourismusverbandes hatte sofort die Ursachen und die Schuldigen gefunden: Zuwenig Geld fürs Stadtmarketing, keine verkaufsoffenen Sonntage mehr, die neue Übernachtungssteuer und natürlich der Mindestlohn.

„Ich kann bei der derzeitigen Stadtratsmehrheit nicht einen Hauch von Einsicht feststellen“, so Lohmeyer.

Wieso Rot-Rot-Grün-Orange, seit 18 Monaten in der Stadtratsmehrheit, aber erst seit September an der Stadtspitze beteiligt, etwas für „das seit Jahren chronisch unterfinanzierte Stadtmarketing“ kann, für welches sein Parteifreund, der langjährige Wirtschafts- und jetzige Oberbürgermeister Hilbert zuständig war, sagte er nicht. Immerhin ist der Dresdner Tourismus trotz der vermeintlich chronischen Unterfinanzierung über viele Jahre kräftig gewachsen.

Die verkaufsfreien Adventsontage 2015 hingegen, den Angriff auf das christliche Abendland schlechthin, hat tatsächlich die Stadtratsmehrheit zu verantworten. Warum aber sonntags geschlossene Ladentüren in der bevorstehenden Weihnachtszeit schon zwischen Januar und August 2015 die Touristen vertreiben, dafür wird eine plausible Antwort noch gesucht.

Auch die sogenannte Bettensteuer ist gewiss eine rot-rot-grüne Barbarei, nur dass die Übernachtungszahlen VOR der Einführung am 01.07. um mehr als drei Prozent zurückgingen, während sie NACH der Einführung mit minus 0,5 % gegenüber dem Vorjahr fast gleich blieben, gilt als noch zu lösendes statistisches Problem.

Bleibe noch der furchtbare Mindestlohn, der alles ruiniert. Seltsam freilich, dass der in den anderen deutschen Großstädten mit überwiegend steigenden Touristenzahlen ganz genau so gilt.

Ach ja..... war da nicht noch etwas, was am Image einer weltoffenen und gastfreundlichen Stadt kratzt?

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Der Mietspiegel als Mieterhöhungsspiegel

von Tilo Wirtz

Der Stadtrat hat in seiner Oktobersession die Mietspiegelsatzung neu beschlossen. Dieses Instrument dient der Erhebung der Datengrundlage für die Feststellung der „ortsüblichen Vergleichsmiete“. In den letzten Jahren wurde der Mietspiegel in Dresden alle zwei bis drei Jahre ermittelt. Liegt die Miete einer Wohnung unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete, kann der Vermieter vom Mieter die Zustimmung zu einer Mieterhöhung verlangen. Der Mieter kann nun entweder zustimmen und die höhere Miete zahlen oder das Mietverhältnis beenden und ausziehen oder auch seine Zustimmung verweigern und das Mietverhältnis fortsetzen. Im letzten Fall kann der Vermieter allerdings die Zustimmung zu einer berechtigten Mieterhöhung vor Gericht einklagen. Rechtsgrundlage ist das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), § 558 – Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Diese schon sehr vereinfachte Zusammenfassung klingt kompliziert – und das ist es in der Praxis auch.

Der Vollständigkeit halber sei noch hinzugefügt, dass die Erhöhung der Miete auf 20 Prozent in drei Jahren per gesetzlicher Kappungsgrenze oder auf 15 Prozent bei Geltung einer „Mietpreisbremse“ begrenzt ist.

Qualifizierter Mietspiegel

Dresden verfügt über einen qualifizierten Mietspiegel. Qualifiziert bedeutet, dass der Mietspiegel nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen, unter anderem auf Grundlage einer repräsentativen Datenbasis erhoben wurde, von der Gemeinde und den Interessenvertretern von Vermietern und Mietern anerkannt ist und die aktuelle Marktlage widerspiegelt.

Wie die Bezeichnung des Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch „Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete“ schon sagt, dient das ganze zur Durchsetzung von Mieterhöhungen. Denn würde bei entsprechender Marktlage die ortsübliche Vergleichsmiete sinken, besteht für den Mieter nicht das gleiche formale Recht, seinerseits eine Mietsenkung zu verlangen und die Zustimmung des Vermieters dazu einzuklagen. Hier bliebe nur die Kündigung und Inkaufnahme eines teuren Umzuges nach Anmietung einer anderen preiswerteren Wohnung, was eine erhebliche Schwelle darstellt.

Auch mit der wissenschaftlichen Grundlage ist das so eine Sache. Klar, dass die Datengrundlage repräsentativ sein muss. Ob allerdings die Mietveränderungen der letzten vier Jahre maßgebend sind und nicht die der letzten drei, fünf oder sieben scheint doch eher das Ergebnis politischen Ermessens zu sein.

Einteilung der Wohnungen nach Ausstattungsklasse und Wohnwertmerkmalen

Die Einteilung der Wohnungen in den Mietspiegel erfolgt nach den Vergleichskriterien Größe, Baualter, Wohnlage und Ausstattungsklasse. Mit diesen Angaben ergibt sich als Kaltmiete eine Spanne (von - bis) mit einem Mittelwert. In der Mietpreisspanne wird die Wohnung nach wohnwertmindernden und wohnwerterhöhenden Merkmalen eingeordnet. Die Ausstattungsklasse sowie wohnwerterhöhende und wohnwertsenkende Merkmale sind Gegenstand von heftigen Interpretationen und gerichtlichen Auseinandersetzungen.



Foto: S. Hofschläger / pixelio.de

Beispielsweise kann ein Abstellraum direkt an der Wohnung durchaus ein wohnwerterhöhendes Merkmal sein, dies gilt aber nicht, wenn die Fläche bereits als Wohnfläche bezahlt wird.

Verfahren benachteiligt Mieter

In der praktischen Umsetzung sind Benachteiligungen der Mieterseite erkennbar. Der Vermieter kann zunächst mal völlig risikolos ein mehr oder weniger fundiertes Mieterhöhungsverlangen auf den Tisch legen. Dem Mieter obliegt es nun, die Berechtigung des selben zutreffend zu prüfen. Anschließend hat es der Vermieter in der Hand, sich entweder mit der Antwort des Mieters zufrieden zu geben oder aber vor Gericht zu ziehen. Das Gericht wird nun an Hand des Mietspiegels die ortsübliche Vergleichsmiete ermitteln und per Urteil verkünden. Ist die Mieterhöhung ganz oder teilweise begründet, hat der Mieter die Prozesskosten entsprechend ganz oder teilweise zu tragen und auch rückwirkend die höhere Miete zu zahlen. Während also der Vermieter erst einmal ins Blaue hinein versuchen kann, vom Mieter die Zustimmung zu einer ungerechtfertigten Mieterhöhung zu bekommen, darf sich der Mieter bei seiner Antwort nicht irren, wenn er sein Prozessrisiko minimieren möchte, wobei über die Einschaltung des Gerichtes der Vermieter entscheidet.

Darüber hinaus muss der Mieter die Prozesskosten von seinem versteuerten Einkommen bezahlen (sofern er keine Rechtsschutzversicherung hat oder Anspruch auf Prozesskostenbeihilfe hat), während der Mieter dies als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen kann (sofern Gewinne zu versteuern sind).

Nachrechnen lohnt sich

Sprich, ein Schreiben mit einem Mieterhöhungsverlangen nach § 558 auf Grundlage des qualifizierten Mietspiegels zerrt beim Mieter an den Nerven. Da der Durchschnittsmieter das Prozessrisiko eher scheuen dürfte und sich nicht alle anwaltlich oder vom Mieterverein beraten lassen, besteht in der Tendenz auch immer das Risiko, dass die realisierten Mieterhöhungen ungerechtfertigt hoch ausfallen und ihrerseits beim nächsten Mietspiegel die Preise treiben. Da aber die Kosten für Wohnung den größten Ausgabenposten im Budget eines Privathaushaltes ausmachen, sind Mieterhöhungen immer ein schmerzhafter Einschnitt ins Budget. Denn bei 500 Euro monatlicher Kaltmiete fehlen bei einer Mieterhöhung von zwanzig Prozent schlagartig 1.200 Euro jährlich, das kann die Reserven aufbrauchen. Das Beispiel zeigt auch, dass es sich lohnt, hier genau hinzuschauen und sich die Annahme oder Abwehr einer ungerechtfertigten Mieterhöhung auf Jahre hinaus aufsummiert.

Bei allen Problemen ist ein qualifizierter Mietspiegel auf kommunaler Ebene immer noch das beste Instrument, um Mieterhöhungen wenigstens zu dämpfen. Allerdings werden bei Wohnungsknappheit „Mondmieten“ aus einem Nachfrageüberhang zeitversetzt an bestehende Mietverhältnisse weitergegeben.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Cornelia Eichner, Tilo Wirtz, Waldemar Peine, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 28.10.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog